GELDINSTITUTE

Schwere Vorwürfe in den USA

Die Deutsche Bank wird in den Vereinigten Staaten mit neuen Diskriminierungsvorwürfen konfrontiert. Die New Yorker Investmentbankerin Kelley Voelker wirft dem Konzern vor, sie aus Rache wegen einer früheren Klage entlassen zu haben. Voelker hatte die Deutsche Bank im Herbst 2011 verklagt, weil sie sich bei Beförderungen übergangen und von Vorgesetzten diskriminiert fühlte. Sie arbeitete 14 Jahre lang bei der Bank. Jetzt habe der Geldkonzern Voelker entlassen, zwei Wochen nachdem sie sich erneut über die Diskriminierung beschwert hatte, heißt es in der nun erweiterten Klage. Die Managerin wird von Douglas Wigdor vertreten. Er wurde als Anwalt des Zimmermädchens bekannt, das den früheren IWF-Präsidenten Dominique Strauss-Kahn wegen sexueller Belästigung verklagte. „Diskriminierung ist bei der Deutschen Bank in New York ein systematisches Problem“, sagt Wigdor. Auch die New Yorker Kanzlei Cochran erhebt den Vorwurf regelmäßiger Diskriminierung gegen die Frankfurter. Sie vertritt Klagen fünf afroamerikanischer Mitarbeiter. Ein Sprecher der Deutschen Bank erklärte, man nehme grundsätzlich Vorwürfe bezüglich Diskriminierung sehr ernst. Die in der Voelker-Klage erhobenen Vorwürfe halte man jedoch für unbegründet und werde „sich mit allen rechtlichen Mitteln dagegen zur Wehr setzen“. Das Magazin „Working Mother“ zählt die Deutsche Bank zu den 100 mütterfreundlichsten Unternehmen in den USA. Die neuen Chefs der Bank, Anshu Jain und Jürgen Fitschen, haben einen Kulturwandel angekündigt. Zugleich wollen sie Tausende Stellen abbauen. In Bankkreisen heißt es, neben Voelker seien in der Abteilung auch andere Mitarbeiter entlassen worden.

MARKUS ULMER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Zentrale der Deutschen Bank in New York

FINANZKRISE

Ein Hebel für den ESM

Die Euro-Länder bereiten eine Hebelung des Rettungsfonds ESM vor. Statt der bisher vorgesehenen 500 Milliarden Euro sollen im Ernstfall über zwei Billionen Euro verfügbar sein, um auch große Länder wie Spanien und Italien retten zu können. Vorbild für die Hebelung der Hilfsgelder sind die Bestimmungen beim Vorläuferfonds EFSF. Dort gibt es zwei Instrumente, bei denen der Rettungsfonds mit öffentlichen Geldern nur die besonders riskanten Teile beispielsweise einer spanischen Anleiheemission übernehmen kann. Der Rest des Geldes soll von privaten Kapitalgebern kommen, die dann nur eingeschränkt ins Risiko gehen müssen. Bei Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble stießen die Pläne für den ESM auf Wohlwollen. Doch die Finnen verhinderten eine schnelle Verabschiedung in der Euro-Gruppe. Das sei ein massiver Eingriff in den ESM-Vertrag und müsse daher vom eigenen Parlament gutgeheißen werden, heißt es in Helsinki. Wegen des Widerstands findet sich die Hebelung nicht in den Richtlinien für den ESM-Vertrag, über den der Haushaltsausschuss des Bundestags in dieser Woche beraten will. Das soll nachgeholt werden, wenn der ESM schon existiert.

Enders vor Militärtransporter A400M

AIRBUS / AFP

RÜSTUNGSINDUSTRIE

EADS umgarnt Daimler

Im Poker um die Fusion mit der britischen Rüstungsfirma BAE Systems will der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS seine Anteilseigner beruhigen. Deshalb hat Konzernchef Tom Enders dem Daimler-Konzern, der direkt 15 Prozent der EADS-Aktien hält, eine Wandelanleihe angeboten: EADS würde dabei 7,5 Prozent der von Daimler gehaltenen Aktien übernehmen und im Falle einer Fusion am Aktienmarkt verkaufen. Kommt der Deal, bei dem der weltgrößte Rüstungskonzern entstehen würde, nicht zustande, sollen die Aktien an die staatseigene KfW-Bankengruppe veräußert werden. Damit wäre dem Daimler-Konzern geholfen, weil der seinen Aktionären auf der letzten Hauptversammlung vollmundig versprochen hatte, bis Ende dieses Jahres einen Teil der EADS-Aktien verkauft zu haben. Ursprünglich sollten diese an die KfW gehen. Das Tauziehen um die Verschmelzung mit BAE Systems hat diesen Plan allerdings durchkreuzt. Daimler-Aktionäre sind darüber ebenso verärgert wie über die großen Kursverluste, die EADS nach Bekanntwerden der Fusionsgespräche erlitten hat. Bei EADS heißt es, die Wandelanleihe sei eines von verschiedenen Angeboten, die derzeit zwischen den beiden Unternehmen diskutiert würden.